

Nein zur Verlagerung von Chemiebetrieben

Trotz des Säure-Unfalls hält die Stadt am Industriepark Griesheim als Chemie-Standort fest. Die Gewerkschaft wirft Kritikern mangelnde Ernsthaftigkeit vor.

Von Thorsten Winter

Nach dem Unfall mit Salzsäure am Dienstagmorgen im Industriepark Griesheim stellen Kritiker diesen traditionsreichen Chemie-Standort abermals in Frage. Wirtschaftsdezernent Markus Frank (CDU) sieht dafür aber keinen Anlass. „Wir wollen alle drei Industrieparks in Frankfurt dauerhaft sichern – nicht einen, nicht zwei, sondern alle drei“, hob Frank im Gespräch mit dieser Zeitung hervor.

Er verwies auf die im Frühjahr zwischen der Stadtverwaltung und Vertretern der Chemieindustrie vereinbarte Abstandsregel. Sie sichert die Industrieparks Fechenheim, Griesheim und Höchst in ihrem Bestand.

Nach dieser Übereinkunft dürfen im Umkreis von 500 Metern um diese Industriegebiete herum keine besonders schutzbedürftigen Einrichtungen wie Schulen und Kliniken gebaut werden. Zudem ist auf Wohnbauten mit mehr als 5000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche zu verzichten. Aus seiner Sicht sei die Debatte um die Industrieparks damit beendet, sagte Frank.

Dagegen hatte Thomas Schlimme, der für die Grünen im Ortsbeirat Griesheim sitzt, abermals angeregt, Störfallbetriebe wie jenen der Firma Weylchem von Griesheim nach Höchst zu verlagern. Im Umfeld von Weylchem war die Säure aus einem Tankcontainer ausgetreten und in die Luft gelangt. Deshalb war am frühen Dienstagmorgen vorsorglich Alarm ausgelöst worden. Für mehrere Stunden durften Autos in eine größere Zone um den Unfallort nicht mehr hineinfahren. Auch der öffentliche Nahverkehr musste dort eingestellt werden. Die Verlagerung der Chemiebetriebe würde Griesheim enorm aufwerten, meint Schlimme (F.A.Z. vom Mittwoch). Er greift damit eine schon Ende 2015 von Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Die Grünen) geäußerte Idee auf.

Frank sagte nun dazu, der Magistrat stehe hinter der Übereinkunft mit der Chemie-Industrie zu den baulichen Abständen. „Das ist ein wichtiges Signal, auch mit Blick auf Investitionen“, hob er hervor. Die Stadt müsse die Bedingungen für mögliche Neuansiedlungen von Chemiebetrieben auch in Griesheim schaffen.

Tatsächlich könnte der Industriepark Griesheim nach dem Verlust mehrerer Betriebe und Hunderter Arbeitsplätze in einigen Wochen eine Neuansiedlung melden. Das Unternehmen PQ Energy will dort für den Netzbetreiber Tenet ein sogenanntes Reservekraftwerk errichten, das mit Gas oder Öl betrieben wird. Wie PQ Energy auf seiner Internetseite wissen lässt,

schafft das Unternehmen in Griesheim die Voraussetzungen, um das Reservekraftwerk zu errichten. Es müsse bis Jahresende die Ausschreibungsunterlagen für das 300-Megawatt-Kraftwerk einreichen, sagte Andreas Brockmeyer, Geschäftsführer des Griesheimer Industriepark-Betreibers Infrasilite. „Ich rechne fest damit, dass PQ auch den Zuschlag erhält“, hob er hervor. Außerdem spreche er gerade mit Vertretern eines Chemiebetriebs, der an seinem derzeitigen Standort nicht expandieren könne und deshalb umziehen wolle.

Die von Schlimme wiederbelebte Debatte um eine Verlagerung von Griesheim nach Höchst stößt in der Industriergewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie auf Unverständnis. Dieses Thema komme stets nach einem Unfall auf dem Gelände auf, sagte Bezirksleiter Ralf Erkens. Wer eine Verlagerung fordere, solle sagen, wie sie vonstattengehen und wer sie bezahlen solle. Allein die Weylchem-Fabrik zu verlagern würde nach Angaben ihres Geschäftsführers Rafael Reiser 200 Millionen Euro kosten. Erkens vermisst angesichts dessen bei den Kritikern der Chemiebetriebe in Griesheim „komplett die Ernsthaftigkeit in der Debatte“. Zumal Frankfurt ohnehin zu wenige Flächen für die Industrie habe.

So sieht es auch Christiane Loizides, die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU im Römer. Ihre Fraktion halte an allen Industrieparks fest. Flächen seien so knapp, dass die Stadt nichts zu Lasten der Industrie abgeben könne.

Frankfurt braucht alle Industrieparks

Von Thorsten Winter



„Chemiebetriebe von Griesheim nach Höchst verlagern“ – dass diese Forderung nach dem Unfall in Griesheim abermals erhoben wird, kann nicht verwundern. Sie erscheint vielmehr auf den ersten Blick sogar verständlich. Der Störfall von 1993 in diesem Werk, als nachts giftiger „gelber Regen“ fiel, ist vielen Frankfurtern noch präsent. Ende 2015 trat dort Salzsäure aus, was einen Alarm

nach sich zog. Nach dem Vorfall am Dienstag blieb es zum Glück bei massiven Verkehrsbehinderungen in Griesheim und Nied, die für die Anlieger ärgerlich genug waren (siehe Seite 30).

Der neuerliche Vorfall mit Salzsäure dämpfen zeigt: Hundertprozentige Sicherheit gibt es in Chemieanlagen nicht. Das lehren auch in der Vergangenheit liegende Unfälle in den Industrieparks Fechenheim und Höchst, denen Haarrisse in Anlagen oder menschliche Fehler zugrunde lagen und bei denen Beschäftigte zum Teil erheblich verletzt wurden.

Angesichts dieses grundsätzlichen Risikos den Industriepark Griesheim als Chemie-Standort in Frage zu stellen geht aber erheblich zu weit. Es

sei daran erinnert, dass schon seit 1856 die Chemieindustrie an dieser Stelle vertreten ist. Es handelte sich damals um eine ländliche Gegend, Wohnhäuser wurden mit der Zeit in der Nähe der Fabrik gebaut, nicht umgekehrt.

Nun war, wie auch im Fall des Höchster Werks, die Verbundenheit mit dem Standort in früheren Jahrzehnten stärker, als sie heutzutage ist. Das liegt am Verlust von vielen hundert Stellen im Werk Griesheim, was zur Folge hat, dass nicht annähernd so viele Ortsansässige dort arbeiten, wie das ehemals der Fall war.

Dessen ungeachtet braucht die Stadt Frankfurt den Standort für die Chemieindustrie. Die Branche erwirtschaftet einen ordentlichen Teil